Sozialalmanach 2004
Die demografische Herausforderung

Caritas-Verlag, 256 S., 38 Graf. u. Tab. - 24 x 14 cm, 21,00 Eur / 34,00 CHF

ISBN: 978-3-85592-083-9

Ideologiekritische Anmerkungen zum neuerdings erwachten Interesse am Bevölkerungswandel

Beat Fux

Nomen est omen! Da liest man in Artikeln, sogar in solchen, die sich wissenschaftlicher Redlichkeit verpflichtet fühlen: «Der alte Mensch wird zum ‹Sozialballast› oder ‹Humanballast›, der eigentlich entsorgt werden müsse»[i], man spricht von der «Geburten-Misere», der man durch «Massenimmigration»[ii] beikommen solle – oder eben nicht – je nach Standpunkt. «Kinder statt Inder»[iii] sollen Deutschland aus der «Demografiefalle»[iv] führen. Infolge des «internationalen Geburtenstreiks»[v] wird mittlerweile schon das «Aussterben» der ganzen westlichen Hemisphäre in Aussicht gestellt, denn nicht nur in der Schweiz mutiert das, was man einst als Bevölkerungspyramide bezeichnete, zum «sargähnlichen» Gebilde. Da ist von der «Aufkündigung des Generationenvertrags» die Rede oder vom erwarteten «Krieg der Generationen», dem ein «Crash of Civilizations» zur Seite gestellt wird. «Gierige Greise» und «unersättliche Senior(inn)en» werden ebenso zu Feindbildern emporstilisiert wie die «hedonistischen Singles», welche sich als Doppelverdiener den Luxus eines kinderlosen Lebens leisten und so die Verantwortung dem «eigenen Volke gegenüber missachteten»[vi].

Die Demografie ist in aller Munde – wie schon in den späten 1920er-Jahren, als sich der demografische Übergang seinem Ende zuneigte, wie Mitte der 1960er-Jahre, als der sogenannte «Pillenknick» geräuschvoll beklagt wurde, oder wie zu Zeiten der Überfremdungsinitiativen. Und die Münder überquellen mit einer Rhetorik, die Junge gegen Alte, Männer gegen Frauen, Familien gegen Einzelpersonen oder Einheimische gegen Ausländerinnen und Ausländer auszuspielen trachtet. Wie so häufig, wenn Problemlagen, welche für die Gesellschaft insgesamt und den Einzelnen grundlegende Bedeutung haben, zu hochaktuellen politischen Tagesfragen umgedeutet werden, schießen auch die politischen Vorschläge, wie die tatsächlichen Probleme zu meistern sind, ins Kraut. Solche nicht selten ohne viel Vorbedacht geäußerten Lösungsansätze kranken mitunter daran, dass sie die Komplexität demografischer Prozesse unterschätzen oder auf Annahmen beruhen, die von der empirischen Bevölkerungsforschung nicht gestützt werden.

Wäre es nicht eine Aufgabe der Demografie, die sich bekanntlich als «Kunstlehre»[vii] von der Beschreibung der Bevölkerungen sowie der Wechselwirkungen und Veränderungen der Komponenten Fertilität, Mortalität und Migration in der Zeit versteht, den Fokus gerade auf die fundamentalen Entwicklungen zu richten mit dem Ziel, etwas mehr Ordnung in das wilde Gerank alltagstheoretischer Diagnosen und überbordender Heilkuren zu bringen?

Der vorliegende Beitrag verfolgt eine andere Blickrichtung. Ich möchte aus einer explizit soziologischen Perspektive nach den Hintergründen fragen, die dazu beitragen, dass der demografische Wandel und insbesondere der Prozess der demografischen Alterung heute, zu Beginn eines neuen Millenniums, so prominent auf der Agenda der politischen Aktualitäten auftauchen. Dabei gilt es einerseits nach den sozialhistorischen und kulturellen Rahmenbedingungen und andererseits nach den sozial-

strukturellen Hintergründen für die wachsende Attraktivität eines keinesfalls neuen oder unvorhergesehenen Bevölkerungsvorgangs zu fragen.

Der demografische Wandel: ein Problemaufriss

Der demografische Wandel, welcher hier im Blicke steht, scheint zunächst einigermaßen trivial. Seit mehr als 120 Jahren steigt die Lebenserwartung bei der Geburt kontinuierlich an, und Anzeichen für ein Abflachen dieses säkularen Trends sind nicht ersichtlich. Wer wollte daran etwas geändert wissen, dass die Säuglingssterblichkeit, aber auch der Tod in mittleren Lebensabschnitten selten geworden sind und dass sich das Sterben zunehmend auf eine immer kürzer werdende Phase im höchsten Lebensalter konzentriert? Dadurch ändert sich die Altersstruktur der Bevölkerung. War im ausgehenden 19. Jahrhundert nur jeder zwanzigste Schweizer beziehungsweise jede zwanzigste Schweizerin über 65 Jahre alt, so ist es derzeit bereits jeder beziehungsweise jede Siebte. Die Alterung der Gesellschaft ist kein neues Phänomen. Sie war schon in der ersten Jahrhunderthälfte zu beobachten. Ab 1930 hat sich die Zunahme des Bevölkerungssegments der Seniorinnen und Senioren beträchtlich akzentuiert.

Ähnliche langfristige Trends finden sich auch bei der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau. Die Geburtenziffer beginnt gegen Ende des 19. Jahrhunderts kontinuierlich zu sinken und unterschreitet in der Zwischenkriegszeit die zur Bestandeserhaltung der Bevölkerung erforderliche Marke. Gäbe es nicht die beiden Babyboom-Phasen[viii] in der Nachkriegszeit, so könnten wir heute auf mehr als ein halbes Jahrhundert mit tiefen Fertilitätsraten zurückblicken, nun sind es lediglich gut drei Jahrzehnte. Es kann nicht genug betont werden, dass auch die anhaltend tiefe Geburtenziffer Teil eines säkularen Prozesses ist, der bloß durch eine – vermutlich – historisch einmalige Konstellation von Faktoren während dreier Jahrzehnte unterbrochen wurde. Mit anderen Worten: Der Babyboom stellte die Ausnahme dar; im Kontext der Modernisierung wird die Geburtenschwäche die Regel sein.[ix] Und weiter lehrt uns die Bevölkerungswissenschaft, dass die Geburtenziffer eine komplexe Größe ist. Da gilt zunächst das eherne Gesetz vom Gleichgewicht zwischen Geburten und Todesfällen. Es ist schwer vorstellbar, dass der *basso continuo* einer ausgewogenen Beziehung zwischen Mortalität und Fertilität, welcher über Jahrhunderte die Melodie der Geburtenziffer bestimmte, plötzlich verstummen könnte. Die Produktion von Nachwuchs verändert sich aber auch in quantitativer Hinsicht. Der Trend hin zur Zwei-Kind-Familie dürfte vor allem deshalb kaum zu stoppen sein, weil diese Familienform den gewandelten Mortalitätsstrukturen entspricht. Mehr noch: Die empirische Sozialforschung vermag mit einer selten erreichten Konsistenz der Befunde zu zeigen, dass sich die Zwei-Kind-Familie zur globalen Norm entwickelt.[x] Veränderungen in der Geburtenziffer resultieren weiter auch aus dem sich verstärkenden Wettstreit zwischen unterschiedlicher Lebenszielen und Lebensentwürfen, was sich hierzulande beispielsweise in einer stark zunehmenden Kinderlosigkeit niederschlägt.[xi] Bezüglich der Entwicklung der Geburtenziffern gilt es sodann die rittardandi und acelerandi im Gebärrhythmus[xii] zu berücksichtigen, die statistisch keineswegs bedeutungslos sind.[xiii] In der langfristigen Entwicklung bildet das Erstheirats- und Erstgebäralter der Frauen gleichsam den Kontrapunkt – oder statistisch ausgedrückt: verläuft invers – zum Babyboom.[xiv] Veränderungen in der Geschlechterproportion sowie Echoeffekte, verursacht durch das Verhalten früherer Generationen, sind weitere Orchesterstimmen, welche die Fertilität determinieren.

Im Unterschied einerseits zur Mortalität und Alterung und andererseits zur Fertilität ist die Entwicklung des Migrationssaldos weit stärker dem Spiel von Angebot und Nachfrage auf den Arbeitsmärkten ausgesetzt beziehungsweise unterliegt der politisch gesteuerten Öffnung oder Abschottung des Landes gegenüber unterschiedlichen Kategorien von Zuwanderern (z.B. Gastarbeiter, nachgezogene Familienangehörige, Flüchtlinge) und deren Integration.

Das Zusammenspiel demografischer und sozialer Prozesse in Phasen

Im Folgenden möchte ich das komplexe Zusammenspiel von Alterung, Geburten und Wanderungen als Abfolge von Phasen rekonstruieren. Dabei sollen die zentralen Faktoren herausdestilliert werden, die zur politischen Wahrnehmung spezifischer demografischer Problemlagen beigetragen haben. Ich konzentriere mich dabei auf die Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die Phase der «Gemütlichkeit» (1936 bis 1965)[xv]

Die Weltwirtschaftskrise, von welcher breite Kreise hautnah betroffen waren, veranlassten im Verein mit dem Geburtenrückgang der 1930er-Jahre eine vehement geführte Debatte über das «Aussterben der Schweiz». Eine frühe Bevölkerungsprognose des Eidgenössischen Statistischen Amtes aus dem Jahr 1938 prophezeite gar ab den 1950er-Jahren einen Bevölkerungsrückgang. Die gleichen Faktoren, vor allem aber die Besorgnis um die Nachwuchssicherung, stimulierten aber auch eine Debatte um die Familienpolitik.

Das Jahr 1936, zugleich Endpunkt des demografischen Übergangs wie auch Ende der Weltwirtschaftskrise, stellte eine entscheidende Scharnierstelle dar. Die zusammengefasste Geburtenziffer, die seit 1927 unter die Marke der Bestandessicherung sank, begann ab 1938 ihren Steigflug. Das viel zitierte *golden age of marriage* griff Raum und ermöglichte nahezu allen eine frühe Eheschließung sowie eine Organisation des familialen Alltags, die sich durch stark romantisch gefärbte Leitvorstellungen und vor allem durch ausgeprägte geschlechtsspezifische Rollenmuster auszeichnete. Der Beginn einer langen Phase demografischer Unbesorgtheit wurde zudem unterstützt durch die erfolgreiche Verankerung des Familienschutzartikels in der Bundesverfassung im Jahre 1945, welcher die Familie unter die besondere Obhut des Staates stellte und unter anderem die Schaffung von Ausgleichskassen und einer Mutterschaftsversicherung versprach. Die einsetzende wirtschaftliche Prosperität, zu der nicht zuletzt auch die ausländischen Arbeitskräfte beitrugen, die in zunehmendem Ausmaß ab 1960 immigrierten, machte unser vom Krieg weitgehend unversehrtes Land rasch zu einem der reichsten der Welt. Sozialstrukturell dehnten sich die gesellschaftlichen Mittelschichten aus und ein wachsendes Bevölkerungssegment partizipierte an den vielfältigen Konsumofferten. Zur wirtschaftlichen Absicherung der älteren Bevölkerung wurde im Jahr 1948 – und damit im internationalen Vergleich relativ spät – die AHV etabliert. Es gelang in den folgenden Jahrzehnten, dieses nicht nur äußerst populäre[xvi], sondern auch ausgesprochen effiziente und zukunftstaugliche Vorsorgesystem in langwierigen und harten konkordanzdemokratischen Auseinandersetzungen zu einem dreistufigen System der sozialen Sicherung auszubauen. Noch im Jahre 1972, als das Drei-Säulen-Prinzip mit großer Stimmenmehrheit in der Bundesverfassung verankert wurde, erfreute sich die Schweiz einer vergleichsweise bescheidenen Sozialleistungsquote. Auch die fiskalische Belastung der Bevölkerung war relativ gering. Wohl nur das historisch einmalige Zusammentreffen von allgemeinem Wohlstand, Babyboom und von breiten Kreisen geteilten bürgerlichen Wertvorstellungen vermag zu erklären, dass weder die beginnende demografische Alterung noch die Zuwanderung als Problem wahrgenommen wurden. Vergegenwärtigt man sich die in dieser Zeit entwickelten Bevölkerungsprognosen (z.B. von Kneschaurek), so verblüfft die erschreckend problemblinde Fortschrittseuphorie.

Aufbrüche und Neuorientierungen (1965 bis 1976)

Selbst wenn aus heutiger Optik die frühe Nachkriegsphase als vielleicht etwas fortschrittsverwöhnt und von bürgerlichen Attitüden und Leitvorstellungen geprägt erscheint, darf dennoch nicht übersehen werden, dass sich bereits in den frühen 1960er-Jahren die ersten Vorboten des «zweiten demografischen Übergangs»[xvii] bemerkbar machten. Das Modell der arbeitsteiligen Kleinfamilie wurde aufgrund seiner rigiden Normen zusehends hinterfragt. Im Zuge solchen Wertewandels erfuhr insbesondere die Rolle der Haushalt und Kinder besorgenden Hausfrau eine Abwertung. Neue Leitideen und entsprechend veränderte Verhaltensmuster entwickelten sich vergleichsweise langsam und zögerlich, gleichwohl mit der unerbittlichen Logik gesellschaftlicher Modernisierung.

Der Aufbruch zu einer neuen «Bevölkerungsweise»[xviii] – verstanden als gesamtgesellschaftlicher Rationalisierungsprozess – schritt indes auf den verschiedenen «Kriegsschauplätzen» unterschiedlich rasch voran. Schon vor der «68er-Revolte und dem Beginn des jüngeren Geburtenrückgangs begann es in den Handlungsfeldern von Intimität und Partnerschaft gehörig zu brodeln. Die während der Hochkonjunktur Geborenen hinterfragten immer öfter die überkommenen Einstellungen zu Partnerschaft und Familie, was sich zunächst in einer Enttabuisierung der (vorehelichen) Sexualität niederschlug (Entkoppelung von Sexualität und Reproduktion). Die seit 1960 in den meisten Ländern erhältlichen hormonellen Kontrazeptiva (Antibabypille) entwickelten sich rasch zum Symbol der «sexuellen Revolution».[xix] Augenfälligster Ausdruck dieser Veränderungen war der Rückgang der Geburtenziffern, der 1965 einsetzte. 1971 sank die Fertilität unter die Marke der Bestandeserhaltung. Ab Mitte der 1960er-

Jahre begannen aber auch die Scheidungsziffern drastisch anzusteigen. Wenige Jahre später war zudem ein Rückgang der Heiratsneigung zu beobachten. Zum einen sank die Heiratshäufigkeit und zum anderen schoben immer mehr junge Leute ihre Eheschließung auf. Mit diesen Trends endete das *golden age of marriage* ebenso wie der Babyboom, welcher in der langfristigen demografischen Entwicklung eher als erratischer Block denn als Erfolg politischer Steuerung aufgefasst werden muss.

Die Kritik an der über rigide Normen integrierten Kleinfamilie («Parsionianische Normalfamilie») beschränkte sich jedoch keineswegs auf die Familie und die Binnenstrukturen der Privathaushalte. Der Wunsch vor allem der Frauen nach wirtschaftlicher Selbständigkeit und beruflicher Verwirklichung – ein zweiter zentraler Ort des gesellschaftlichen Umbruchs – vollzog sich jedoch zögerlicher. Die Bildungsexpansion schritt zwar voran, es entstanden mehr Schulen, die Bildungslaufbahnen verlängerten sich und die Integration der Frauen vor allem in den höheren Ausbildungsgängen verlief deutlich steiler als jene der Männer. Die zuvor benachteiligten Gruppen, wozu neben den Frauen auch die Einwohner in den ländlichen Gebieten und katholischen Regionen zu zählen sind, holten deutlich auf. Doch nicht zuletzt die mit dem «Erdölschock» von 1974 beginnende Strukturkrise trug dazu bei, dass sich auch gut gefüllte Bildungsrucksäcke oft nicht in eine entsprechende Erwerbstätigkeit ummünzen ließen. Die Frauenerwerbsquoten stiegen erst mit dem Fortschreiten oder der Konsolidierung des zweiten demografischen Übergangs, also in den 1980er- und 1990er-Jahren, markant an.

In sozialpolitischer Hinsicht fand während dieser Übergangsphase kein eigentlicher Ausbau statt, jedoch stieg die Sozialleistungsquote infolge der zuvor verankerten Einrichtungen deutlich an. Zwei demografische Themen prägten die politischen Debatten: einerseits die Arbeitsmigration, welche als Ursache einer zunehmenden Übervölkerung und Überfremdung wahrgenommen wurde. Die Initiativen, mit denen das Problem auf Stufe der Verfassung bereinigt werden sollte, fanden indes keine Mehrheit bei der Bevölkerung. Jedoch führte eine restriktivere Migrationspolitik im Verein mit der Wirtschaftskrise zu einer deutlichen Entschärfung der Situation. Anders sah es mit der Wahrnehmung des fälschlicherweise als «Pillenknick» bezeichneten Rückgangs der Fertilität aus. Die Vorstellung einer aussterbenden Schweiz erfuhr eine Renaissance und wurde beispielsweise durch die Bevölkerungsprognosen des Eidgenössischen Statistischen Amtes aus dem Jahr 1977 oder jenen der Kommission «Bevölkerungspolitik» statistisch untermauert. Wiederum fällt auf, dass den Verschiebungen in der Altersstruktur vergleichsweise wenig Relevanz beigemessen wurde.

Der zweite demografische Übergang (1977 bis 1990)

Ich versuchte ein Bild zu skizzieren, das davon ausgeht, dass bereits in der Mitte der 1960er-Jahre das über Normen integrierte Kleinfamilienmodell seine selbstverständliche Geltung einbüßte. Die Bedeutung der 68er-Revolte bestand insbesondere darin, dass mit dem Entstehen der neuen Frauenbewegung (z.B. OFRA, FBB) ergänzend nun auch institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen wurden, die zur weiteren Aufwertung der Gleichstellungsthematik beitrugen (z.B. Gleichheitsartikel in der Bundesverfassung, Frauenstreik). Die Kritik an den traditionellen Rollennormen wurde dadurch zunehmend breitenwirksam, brachte einerseits die Erwerbsintegration der Frauen erst eigentlich in Fahrt und trug andererseits aber auch zur raschen Verbreitung neuer Lebensformen bei (z.B. Singles, kinderlose Paare, Konsensualpartnerschaften). Infolge dieser rasanten Dynamisierung des Familienwandels wurde außerdem die zuvor hochgradige Standardisierung der Lebensverläufe – zumal die zeitliche Organisation und die Abfolge der biografischen Basisereignisse – aufgeweicht.[xx]

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive brachte die Theorie des zweiten demografischen Übergangs diese Veränderungen in eine klare Ordnung. Dieser Ansatz geht davon aus, dass in allen westeuropäischen Ländern in Zukunft mit einem dauerhaften «strukturellen Geburtendefizit» zu rechnen ist, wobei der daraus resultierende Bevölkerungsrückgang allenfalls durch eine positive Wanderungsbilanz vermindert, wenngleich vermutlich nicht verhindert werden könnte. Die wichtigsten Korrelate dieser Transformation waren einerseits der Plausibilitätsverlust der Ehe als Institution und andererseits die biografische Disponibilität der Elternschaft. Ehe und Familie wurden mit anderen Worten zum Gegenstand der autonomen Entscheidung des Individuums beziehungsweise des Paares. Die Elternschaft wurde zunehmend zu einer Option unter anderen und stand vermehrt in Konkurrenz mit anderen Lebenszielen.

Im Verlaufe dieses gesellschaftlichen Entwicklungsschrittes waren in der Schweiz zwar eine Reihe von harten politischen Auseinandersetzungen zu beobachten, welche die Schaffung familienpolitischer Rahmenbedingungen zur Abfederung der negativen Folgen dieser Entwicklungen (z.B. Debatten um die Einführung der Mutterschaftsversicherung), anvisierten. Bedeutende Erfolge wurden hierzulande indes nicht erzielt. Das Problem der außerhäuslichen Betreuung von Kindern, mit welcher die Auswirkungen der Erwerbsintegration – insbesondere das Problem der Harmonisierung von Beruf und Familie – hätten entschärft werden können, wurde erst viel später aufgegriffen.

Ein bescheidenes Wirtschaftswachstum zwischen 1976 und 1990 mit kleineren Konjunkturschwankungen, die jedoch im Gegensatz zu den benachbarten Ländern keine starke Erhöhung der strukturellen Arbeitslosigkeit zur Folge hatten, sowie das weitgehend ungetrübte Vertrauen in den sozialpolitischen Konsens, welcher mit der Verankerung des Drei-Säulen-Prinzips gewahrt wurde, bewirkten, dass zwar die explodierenden Scheidungsziffern oder die zunehmende Kinderlosigkeit als Problemfelder stärker zur Kenntnis genommen wurden, eine eigentliche politische Antwort auf den zweiten demografischen Übergangs indes ausblieb. Daran änderte auch nichts, dass sich im Verlauf dieser Phase die Einkommensdisparitäten innerhalb der Bevölkerung deutlich vergrößerten.[xxi]

Die Phase der zunehmenden Verunsicherung (seit 1991)

Man kann argumentieren, dass mit der ab 1991 einsetzenden Rezession eine neue Ära eingeläutet wurde. In demografischer Hinsicht wird die Schweiz, welche die Probleme der Arbeitsmigration lange Zeit durchaus recht erfolgreich politisch zu steuern vermochte, mit einer zunehmenden Einwanderung von Asyl Suchenden konfrontiert. Der Familienwandel, welcher in der vorausgehenden Phase begonnen hat, stabilisiert sich zwar. Gleichwohl werden die Folgen dieser Prozesse virulenter und sichtbarer. Immer mehr wird auch die demografische Alterung als Problem wahrgenommen, wobei die Diskussion vor allem auf die weitere Finanzierung der Altersvorsorge zugespitzt wird.

Die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt geht relativ ungebremst weiter. Es wird jedoch immer offensichtlicher, dass der Sonderfall Schweiz, den insbesondere eine weitgehende Vollbeschäftigung kennzeichnete, kaum auf Dauer bestehen wird. Die Bevölkerung wird allmählich gewahr, dass das Land keine volkswirtschaftliche Insel ist und auch hierzulande eine strukturelle Sockelarbeitslosigkeit kaum mehr zu verhindern sein dürfte, selbst wenn diese nach wie vor deutlich geringer ist als in den benachbarten Ländern.

Schürten die Verheißungen von Neoliberalismus, New Public Management und die Vorstellung des schlanken Staates zunächst Hoffnungen auf die rein finanzierungstechnische Lösbarkeit der anstehenden Probleme bei den Sozialversicherungen, dann bewirkt die anhaltende wirtschaftliche Schwäche im Verbund mit dem Platzen der Börsenblase, dass die Verunsicherung innerhalb breiter Bevölkerungsgruppen explosionsartig zunimmt.[xxii] Die Folge ist ein in seiner Tragweite derzeit noch schwer abzuschätzender Vertrauensverlust in die konkordanzdemokratisch ausgehandelten Prinzipien der Sozialversicherungen.[xxiii]

Vor dem Hintergrund dieses Klimas der zunehmenden Verunsicherung gilt es die derzeitigen politischen Auseinandersetzungen zu sehen. Unübersehbar ist die Frontstellung zwischen jenen, welche die gesellschaftliche Stimmungslage instrumentalisieren, um einen Abbau der sozialen Sicherheit hoffähig zu machen, einerseits sowie den Apologeten eines Umbaus der Sozialpolitik beziehungsweise der Aushandlung eines neuen Generationenvertrags andererseits. Eingedenk der Tragweite dieser politischen Herausforderung erstaunt mitunter die Nonchalance, mit der die derzeitige demografische Debatte geführt wird. Nicht selten wird mit Konzepten und Argumenten operiert, die einer fundierten wissenschaftlichen Analyse nicht standzuhalten vermögen. Einige der Mythen, die in der aktuellen Debatte intoniert werden, möchte ich hier kurz ansprechen.

Über einige Mythen in der aktuellen Diskussion

Zunächst fällt auf, dass in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen die Problematik der demografischen Alterung und der zukünftigen Finanzierung der Sozialversicherungswerke dramatisiert wird. Es soll und darf keineswegs geleugnet werden, dass die schweizerische Bevölkerungspyramide

in Zukunft stärker «kopflastig» wird und die finanzielle Sicherung der Altersvorsorge als eines der vordringlichen Probleme einzustufen ist. Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass der Sozialstaat mit der Einebnung von Klassen- und Schichtstrukturen sowie der breiteren Teilnahme am gesellschaftlichen Wohlstand eine gesellschaftliche Errungenschaft darstellt, die sich nicht rückgängig machen lässt. Insofern besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens darüber, dass das Prinzip der Sozialstaatlichkeit nicht zur Debatte steht.

Mehr noch: Das lange Ringen um die Ausgestaltung nationaler Systeme der sozialen Sicherheit zeichnet sich durch eine langfristige Pfadabhängigkeit und Prozesslogik aus, die in den anstehenden politischen Diskussionen nicht negiert werden können. Mit anderen Worten: die Art, wie die schweizerische Sozialpolitk historisch gewachsen ist, bildet das Fundament für deren weitere Entwicklung. Die Eigenart des schweizerischen sozialpolitischen Regimes gründet einerseits auf einem hochgradig entwickelten wechselseitigen Respekt der sozialen Kreise[xxiv], was nicht zuletzt zur erfolgreichen Verringerung gesellschaftlicher Spaltungen («cleavages») und sozialstruktureller Unterschiede beitrug. Andererseits entwickelte sich die schweizerische Sozialpolitik vor dem Hintergrund soziokultureller Rahmenbedingungen, die mit den Stichworten «Liberalismus» und «Konkordanzdemokratie» hier nur vage angedeutet werden können. Sowohl die modernisierungstheoretischen wie auch die regimetypologischen Ansätze der neueren Sozialpolitikforschung zeigen vor diesem Hintergrund eindrücklich, dass zur anstehenden Konsolidierung des Sozialstaats zwar nur ein beschränktes Repertoire an Instrumenten zur Verfügung steht, die systemimmanenten Problemlösungskapazitäten indes nicht unterschätzt werden dürfen.

Eine ganze Reihe politischer Lösungsvorschlägen unterstellt drittens, dass sich die langfristigen demografischen Prozesse politisch steuern lassen. Auch wenn die demografische Alterung zunächst einfach das Ergebnis steigender Lebenserwartung und rückläufiger Fertilität einerseits sowie der Außenwanderungsbilanz andererseits darstellt, darf nicht verkannt werden, dass die Mortalität und die Lebenserwartung ebenso wie der Fertilitätsverlauf säkulare Entwicklungen darstellen, die nur partiell und in beschränktem Ausmaß reguliert werden können. Versuche, den allgemeinen Trend zur Verlängerung der Lebenserwartung abzublocken, würden unweigerlich in fundamentale ethische Schwierigkeiten münden. Sie sind deshalb politisch wenig opportun. Es ist verständlich, wenn folglich die Geburtenziffer zur Zielscheibe politischen Steuerungshandelns avanciert. Doch gerade hier zeigt die soziodemografische Wirkungsforschung, dass die Erfolgsaussichten minim sind. Beim langfristigen Trend zu kleineren Familien handelt es sich um einen gesellschaftlichen Tatbestand, der fundamental mit gesamtgesellschaftlich geteilten Werten und Normen verbunden ist. Werte wie Partnerschaftlichkeit, Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern oder individuelle Unabhängigkeit müssten ihre Geltung einbüßen, damit die vormodernen Reproduktionsweisen restituiert werden könnten. Mit anderen Worten: Man müsste wohl die Prozesse der Modernisierung und Verhaltensrationalisierung (Abwägung von Kosten und Nutzen individuellen Handelns) umkehren, um eine nennenswerte Erhöhung der Geburtenziffer zu erzielen. Zwar gibt es durchaus empirische Evidenzen, dass eine langfristige und gut ausgebaute Sozial- und Familienpolitik Auswirkungen auf die tatsächliche Realisierung der Anzahl gewünschter Kinder oder die zeitliche Planung der Geburten hat; es gibt indes bislang in keinem Land Belege dafür, dass mit geburtenstimulierenden Maßnahmen die Fertilität auf das Niveau der Bestandeserhaltung erhöht werden könnte. Folglich kommt eine rationale Bevölkerungspolitik nicht umhin, von einem dauerhaften strukturellen Geburtendefizit auszugehen.

In den aktuellen demografischen Debatten wird weiter dem Umstand nicht oder unzureichend Rechnung getragen, dass die demografischen Wirkungen politischer Steuerung langfristiger Natur sind. Selbst wenn es gelingen würde, die Geburtenziffer markant zu erhöhen, würden sich die sozialpolitischen Entlastungseffekte erst in einigen Jahrzehnten bemerkbar machen. Die sozialpolitischen Probleme müssen indes in naher Zukunft gelöst werden. Im Klartext heißt das, dass nur eine Reform, welche auf der immanenten Systemlogik der Entwicklung der Sozialpolitik aufbaut, Aussicht auf Erfolg haben kann.[xxv] Der Bevölkerungswandel hält sich nicht an den Terminkalender von Legislaturperioden.

Viele der Beiträge zur aktuellen demografischen Debatte zeichnen sich sodann dadurch aus, dass einzelne Teilprobleme oder Teillösungen verabsolutiert werden. Die komplexen Interdependenzen zwischen den verschiedenen Handlungsfeldern werden mitunter nicht oder nur unzureichend vernetzt. Allzu oft verhindern gerade ideologische Fixierungen (beispielsweise, wenn es im rechten Lager dar-

um geht, die Staatsquote und/oder die Staatsverschuldung partout zurückzuschrauben, oder wenn im linken politischen Lager das Rentenalter als sakrosankte Größe behandelt wird) das konsensuale Aushandeln neuer und mehrheitsfähiger Kompromisse.

Einen letzten Aspekt, auf den ich in diesem Beitrag mehrfach hingewiesen habe, sehe ich in der begrenzten Zuverlässigkeit demografischer Prognosen.[xxvi] Bevölkerungsprognosen sind zwar ein unabdingbares Instrument für die sozialpolitische Planung und Steuerung. Die Schätzungen beruhen indes meist auf Annahmen, die ihrerseits politisch ausgehandelt wurden. Es fällt auf, dass die Schätzfehler groß sind und über die Zeit hinweg sogar eher zunehmen. Eine Voraussetzung, um die überhitzte Demografiedebatte wieder auf die Ebene einer rationalen Auseinandersetzung über politische Ziele und die Suche nach adäquaten Mitteln zurückzubringen, wäre die Schaffung solider theoretischer und empirischer Grundlagen. Ein Blick auf die Arbeit der 1992 in Deutschland eingesetzten Enquête-Kommission «Demografischer Wandel»[xxvii] illustriert eindrücklich, dass auch unter erschwerten wirtschaftlichen Verhältnissen der Diskurs über die Zukunft der sozialen Sicherheit rational geführt werden kann. Ohne eine kontinuierliche familiensoziologische und soziodemografische Forschung lassen sich diese Grundlagen jedoch nicht bereitstellen.

Fazit

Versucht man die aktuelle Demografiedebatte zu überblicken, so stellt man rasch fest, dass die Einschätzungen von Wirtschaft und Politik auf der einen sowie der Sozialwissenschaften auf der anderen Seite stark divergieren. Während Erstere zu einer Dramatisierung der Probleme und zu raschen sowie mitunter wenig realistisch anmutenden Lösungen neigen,[xxviii] scheint die Wissenschaft bezüglich der Zukunft des Sozialstaates und der Lösung des Problems der demografischen Alterung wesentlich zuversichtlicher zu sein. Ich möchte abschließend Walter Link zitieren, der die Arbeit der deutschen Enquête-Kommission: «Demografischer Wandel» im Deutschen Bundestag präsentierte. Er kommt zu folgendem Schluss:

«Keine Frage: Der demografische Wandel in der Bundesrepublik Deutschland wird zu gravierenden Änderungen in allen Bereichen führen müssen. Es wird aber keine Katastrophe geben, wenn jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Dies kann nur geschehen, wenn es den Politikern zusammen mit den Wissenschaftlern gelingt, in den von mir genannten Politikfeldern [es sind dies das Verhältnis zwischen den Generationen, Arbeit und Wirtschaft, Zuwanderung und Integration, Alterssicherung, Gesundheit, Pflege und soziale Dienste, B.F.] zu einem vernetzten politischen Handeln zu kommen; denn alle Bereiche bedingen einander.[xxix] [...] Wir haben weder eine alte, graue Gesellschaft noch einen Rentnerberg, sondern wir haben Probleme, die mit den von der Kommission erarbeiteten Handlungsempfehlungen gelöst werden können.“[xxx] Diesem Plädoyer für eine Versachlichung der politischen Debatte schließe ich mich ohne Einschränkung an.

Literaturhinweise

Birg Herwig: Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. München, 2001.

Bundesamt für Statistik: Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung der Schweiz 2000–2060. In: Demos, Nr. 1+2, 2001.

Butterwegge Christoph: Falsche Fronten. Altersübergreifende Solidarität oder «Kampf der Generationen»? In: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie, Kultur, 19. Jg., Heft 1, 2001, S. 36.

Calot Gérard: Deux sciècles d’histoire démographique suisse. Album graphique de la période 1860–2050.Bern 1998.

Criblez Lucien, Magnin Charles (Hrsg.): Die Bildungsexpansion der 1960er- und 1970er-Jahre. Themenheft der Schweizerischen Zeitschrift für Bildungsforschung, Heft 1/2002.

Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquête-Kommission «Demographischer Wandel» – Herausforderung unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik. Drucksache 14/8800, Berlin, 2002.

Fux Beat: Der familienpolitische Diskurs. Eine theoretische und empirische Untersuchung über das Zusammenwirken und den Wandel von Familienpolitik, Fertilität und Familie, Berlin. Duncker & Humblot, 1994.

Fux Beat, Bösch Andi, Gisler Priska, Baumgartner A. Doris: Bevölkerung – und eine Prise Politik. Die schweizerische Migrations-, Familien- und Alterspolitik im Fadenkreuz von Einstellungen und Bewertungen. Seismo-Verlag, Zürich, 1997.

Fux Beat, Baumgartner A. Doris: Ein Baby? Eher nicht. Die neue Kinderlosigkeit – ein gesellschaftlicher Trend und dessen Hintergründe. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 123, 27./28. Mai, S. 101–102.

Hasler Peter: Sind die Sozialversicherungen noch finanzierbar? In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 100, 2.5.1998, S. 29.

Hondrich Karl-Otto: Auf dem Weg zur globalen Normalfamilie? Festvortrag aus Anlass der Emeritierung von Prof. H.-J. Hoffmann-Nowotny am Soziologischen Institut der Universität Zürich (15. Juni 2001).

Honegger Claudia, Rychner Marianne: Das Ende der Gemütlichkeit. Strukturelles Unglück und mentales Leid in der Schweiz, Limmatverlag, Zürich, 1998.

Kahn Ernst: Der internationale Geburtenstreik. Umfang, Ursachen, Wirkungen, Gegenmaßnahmen? Sozietätsverlag, Sozietätsverlag, Frankfurt, 1930.

Kohli Martin: Institutionalisierung und Individualisierung der Erwerbsbiographie. In: Beck Ulrich, Beck-Gernsheim Elisabeth (Hrsg.): Riskante Freiheiten. Suhrkamp, Frankfurt, 1994, S. 219–244.

Liminski Jürgen: Zuwanderung, Familien- und Bevölkerungspolitik sind entscheidende Zukunftsfragen. Sozialer Sprengstoff: Der Geburtenmisere durch Massenimmigration abhelfen zu wollen, ist pure Illusion. In: «Epoche», konservatives Ideenmagazin, Nr. 150, 2002.

Linde Hans: Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800 bis 2000. Campus, Frankfurt, 1984.

Longchamp Claude, Ratelband-Pally Silvia, Tschöpe Stephan, Aebersold Monika, Stucki Stephanie: Wirtschaftsskepsis bestimmt die heutigen Sorgen. Schlussbericht zum «Sorgenbarometer 2002» für das Bulletin der CS. Bern, 2003.

Mackenroth Gerhard: Bevölkerungslehre. Theorie, Soziologie und Statistik der Bevölkerung, Berlin, Göttingen und Heidelberg, 1953.

Mackensen Rainer: Bevölkerungssoziologie. In: Endruweit Günter, Trommsdorff Gisela (Hrsg.): Wörterbuch der Soziologie, Bd. 1, Stuttgart, 1989, S. 71.

Münz Rainer, Ulrich, Ralf: Alterung und Wanderung: Alternative Projektionen der Bevölkerungsentwicklung der Schweiz. Berlin und Zürich, 2001.

Schweizerische Bundeskanzlei: Herausforderungen 2003–2007. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. Bericht des Perspektivstabs der Bundesverwaltung. Bern, 2003.

Simmel Georg: Die Kreuzung sozialer Kreise. In: ders.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Suhrkamp, Frankfurt a.M., 1992, S. 456–511.

Surkyn Johan, Lesthaeghe Ron: Value Orientations and the Second Demographic Transition (SDT) in northern, western, and southern Europe: An update. Interface Demography, Brüssel, 2002.

Susteck Herbert: Das gesellschaftliche Verständnis der Familie in der Bundesrepublik Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung «Das Parlament», Nr. 52/53, 1995, S. 16–25.

Suter Christian (Hrsg.): Sozialbericht 2000. Seismo-Verlag, Zürich, 2000.

van de Kaa Dirk Jan: Europe's second demographic transition. In: Population Bulletin, Bd. 42, Nr. 1, 1987.

van de Kaa Dirk Jan: The second demographic transition revisited, theories and expectations. University of Amsterdam. Paper presented at the Conference on Population and European University Institute. Florenz, 7.–9. Dezember 1988.

van de Kaa Dirk Jan: Options and sequences: Europe's demographic patterns, Journal of the Australian Population Association, 14(1997)1, 1-29.

van de Kaa Dirk Jan: Post modern Fertility Preferences: from changing value orientation to new behaviour. Paper prepared for the Conference on the Global Fertility Transition. Bellagio (I), Mai 1998, S. 11–22.

Anmerkungen

---

[i] Butterwegge, 2001.

[ii] Liminski 2002.

[iii] Wahlkampfslogan des Spitzenkandidaten der nordrhein-westfälischen CDU, Jürgen Rüttgers (2000).

[iv] z.B. Hasler, 1998.

[v] Kahn, 1930.

[vi] Susteck, 1996.

[vii] Mackensen, 1989.

[viii] Die erste Phase des Babybooms ereignete sich um 1945, die zweite während der ersten Hälfte der 1960er-Jahre.

[ix] Linde, 1984.

[x] Hondrich, 2001.

[xi] Fux, Baumgartner, 2001.

[xii] Diese musikalischen Begriffe beschreiben den zusammengesetzten Vorgang des Vorholens respektive Aufschiebens von Geburten (Tempo) einerseits im Verein mit einer allfälligen Konzentration von Geburten innerhalb eines Lebensabschnitts der Mutter (Quantum) andererseits recht präzise.

[xiii] Fux, 1994.

[xiv] Calot, 1998, S. 98–106.

[xv] Honegger, Rychner, 1998.

[xvi] Fux et al., 1997.

[xvii] Vgl. insbesondere van de Kaa, 1987, 1988, 1997, 1998; Surkyn, Lesthaeghe, 2002.

[xviii] Unter «Bevölkerungsweise» versteht Mackenroth, 1953, die historisch jeweils besonderen Gestaltmerkmale der sozialen Struktur in Beziehung zu den reproduktiven – oder allgemeiner – den demografischen Verhaltensmustern.

[xix] Den oralen Kontrazeptiva kann allenfalls eine katalysatorische Funktion zuerkannt werden. Aufgrund eines in den Sozialwissenschaften weitestgehend geteilten Konsenses hat die Einführung der Antibabypille aber nicht im Sinne eines kausalen Faktors die weitere Entwicklung der Fertilität determiniert.

[xx] Kohli, 1994.

[xxi] Suter, 2000, S. 51.

[xxii] Honegger, Rychner, 1998; Longchamp et al., 2003; Schweizerische Bundeskanzlei, 2003.

[xxiii] Besonders drastisch hat das die «Rentenklau»-Debatte vor Augen geführt.

[xxiv] Simmel, 1992.

[xxv] Birg, 2001.

[xxvi] Vgl. die aktuellen Auseinandersetzungen um die neuesten Prognosen des BFS gegenüber jenen von Avenir Suisse; Münz, Ulrich, 2001.

[xxvii] Deutscher Bundestag, 2002.

[xxviii] Als Beispiel sei auf die Diskussion um die Differenzierung der AHV-Renten für Eltern vs. Kinderlose verwiesen.

[xxix] Walter Link anlässlich der Debatte im Deutschen Bundestag zum Schlussbericht der Enquête-Kommission «Demographischer Wandel».

[xxx] Ebd.